

Volksabstimmung: Kein Mitbestimmungsrecht des Volkes in Deutschland

Am 4. März 2018 hat das Schweizer Volk die Möglichkeit, durch Volksinitiativen über folgende zwei Themen abzustimmen:

- Die Abschaffung der umstrittenen Zwangsgebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender (sog. „No Billag-Initiative“).
- Das Mitbestimmungsrecht des Volkes bei der Einführung von neuen Lehrplänen (in den Kantonen Bern und Zürich).

Unsere **S&G-Ausgabe 05/2018** widmet sich daher den Hintergrundinformationen für diese Volksabstimmungen. Dadurch wird deutlich, dass die Themen dieser Abstimmungsvorlagen auch in anderen Ländern hochaktuell sind und bzgl. der Rundfunkgebühren sogar vom Europäischen Gerichtshof noch ein Urteil erwartet wird.

Einen richtigen **Motivationsschub** verleiht unser Bericht in der „Sieger-Ecke“, wie es einer peruanischen Protestbewegung gelang, einen Lehrplan mit Gender-Ideologie außer Kraft zu setzen. Es zeigt, was das Volk **durch Zusammenhalt** vermag und soll auch uns ein Ansporn sein, z.B. um gemeinsam das in unserem **Schlusspunkt** gezeigte internetunabhängige Aufklärungsnetzwerk zu bauen!

Auch mit dieser S&G-Ausgabe bieten wir Ihnen die Möglichkeit, die Wahrheit laut werden zu lassen!

- **Bitte drucken Sie die Nachfolgeseiten aus und tragen Sie dadurch zu deren Verbreitung bei. DANKE!**

Ihr S&G-Team

>>>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 5/2018 ~
„NO-BILLAG“



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Am 4. März 2018 hat es das Schweizer Stimmvolk in der Hand, die Zwangsgebühr für die öffentlich-rechtlichen Sender mit einer Annahme der Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren“ zu beenden. Diese wird verkürzt auch „No Billag“-Initiative genannt, weil die Empfangsgebühren von der Firma Billag eingetrieben werden.

Gleichzeitig finden in den zwei großen Schweizer Kantonen Bern und Zürich wegweisende, bildungspolitische Abstimmungen statt. Die beiden Vorlagen fordern das Mitbestimmungsrecht des Volkes bei der Einführung eines neuen Lehrplans. Dass die Themen dieser Abstimmungs-

vorlagen nicht nur die Schweizer betreffen, ist an den Artikeln dieser Ausgabe ersichtlich. So sehen sich auch die Deutschen mit einer Rundfunkzwangsgebühr konfrontiert und auch im fernen Peru wird versucht Lehrpläne einzuführen, ohne die Bevölkerung mitbestimmen zu lassen. In den westlichen Leitmedien wurde darüber allerdings nichts berichtet.

Darum braucht es alternative Medien, damit die Zeit von Rundfunkzwangsgebühren und das Monopol der SRG*, ARD, ZDF und Co. endlich ein Ende nimmt! Die Redaktion (brm.)

*Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft mit Unternehmenseinheiten und Tochtergesellschaften wie das SRF

Mit Zwangsgebühren „mitgegangen-mitgefangen!“

si./and. Ob öffentliches Fernsehen oder Lokalradio, ob Boulevard- oder „seriöse“ Tageszeitung: Wenn es um Geopolitik und Kriege geht, berichten die Leitmedien erstaunlich gleichartig und einseitig. So untersuchte das Forschungsprojekt „Swiss Propaganda Research“* in einer Studie die SRF- und ZDF-Berichterstattung zum Angriff am 19.9.2016 auf einen Hilfskonvoi des Syrisch-Arabischen Roten Halbmonds und der UNO in der Nähe von Aleppo. Das Resultat in allen untersuchten Beiträgen: Es wurden massive Propaganda- und Manipulationstechniken festgestellt, um die syrische und russische Luftwaffe in ein schlechtes Licht zu rücken.

Das jüngste Beispiel ist die aktuelle Hetzkampagne gegen den

Iran. Das ZDF berichtete Anfang Januar: „Landesweite Proteste – die iranische Regierung will hart gegen Demonstranten vorgehen. Zwei Menschen sterben.“ Zwei Tage später musste das ZDF dann zurückrudern, weil das gezeigte Material der angeblich gewalttätigen Sicherheitskräfte aus dem Jahr 2009 stammte.

Mit Medienzweangsgebühren finanzieren sowohl Schweizer als auch Deutsche derartige kriegstreibende Hetzkampagnen mit. Damit eines Tages den Zwangsgebührenzählern nicht vorgeworfen wird: „mitgegangen-mitgefangen!“ muss den öffentlich-rechtlichen Sendern jede Unterstützung entzogen werden. Darum „JA zur „No Billag“-Initiative!“ [3]

*politisch und publizistisch unabhängige Forschungsgruppe

Quellen: [1] Panorama-Nachrichten, Nr. 1-Januar 2018, S.2 [2] www.kla.tv/11742 | www.quer-denken.tv/ukrainer-stehen-auf-zigtausende-auf-einem-friedensmarsch-nach-kiew/ [3] www.kla.tv/10052 | www.kla.tv/11727#t=332 | www.swprs.org/2017/03/01/srf-propaganda-analyse/ | www.blauerbote.com/2018/01/02/falschbilder-zu-den-iran-protesten/

„No Billag“ bringt freie Medien ins Rennen!

is./sr. Aktuell können die öffentlich-rechtlichen Sender in der Schweiz auf 1,3 Mrd. Franken Billag-Zwangsgebühren zurückgreifen. Zum Vergleich: Das ist soviel, wie wenn Sie jeden Tag 100.000 Franken ausgeben würden – und das ganze 36 Jahre lang! In Deutschland, mit den 8,1 Mrd. Euro Rundfunkzwangsgebühren des Jahres 2015, könnten Sie gar 222 Jahre lang jeden Tag 100.000 Euro ausgeben! Allen Schweizern ist dringend zu empfehlen, die Gelegenheit beim Schopf zu packen und am 4. März 2018 mit einem „Ja“ zur „No Billag“-Initiative diese Zwangsgebühren endlich abzuschaffen. Eine

weitere krasse Medienlüge ist es, dass mit der Abschaffung der Medien-Zwangsgebühren die Meinungsvielfalt eingeschränkt würde. Das genaue Gegenteil wird der Fall sein. Sobald die der ständigen Lügen und Kriegstreiberien überführten „Qualitätsmedien“ ihre jährliche Milliardenbeute an Zwangsgebühren nicht mehr eintreiben können, verhungert der parasitäre Medienbandwurm. Helfen Sie mit, dass wieder ein freier und fairer Wettbewerb entsteht, so dass die freien, unentgeltlichen und politisch unabhängigen Medien wieder ins Rennen kommen! [1]

Billag: Bezahlen für Unterlassungslügen

ab./ssp. Die „No Billag“-Initianten fordern, dass niemand mehr gezwungen werden soll, für etwas zu bezahlen, das sie nie bestellt haben und nicht in Anspruch nehmen wollen. Zudem ärgern sich viele Schweizer Bürger darüber, dass die zwangsfinanzierten Medien, wie u.a. das SRF, einseitig, gar nicht oder sogar falsch berichten. Dazu folgende Beispiele: Ist Ihnen von Seiten des SRF zu Ohren gekommen, dass in Syrien, in den bislang vom IS besetzten Gebieten, alle Religionen seit Dezember 2017 wieder Frieden miteinander haben und Christen sogar Weihnachten feiern konnten, un-

terstützt vom angeblich „bösen“ Assad? Und dass in der Ukraine 2016 große Friedensmärsche stattgefunden haben gegen die Putschregierung von Präsident Poroschenko, der die Ostprovinzen der Ukraine bombardieren ließ? Oder, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Ukraine gemäß einer repräsentativen Umfrage im Herbst 2017 wieder den früheren, damals direkt vom Volk gewählten Präsidenten Janukowitsch als Chef der Regierung herbeiwünscht? Wenn Ihnen davon nichts zu Ohren gekommen ist, dann wissen Sie wie am 4. März 2018 abzustimmen ist! [2]

Deutschland: Weltweit höchste Rundfunkbeitrags-Einnahmen

mb. Der Ökonom Prof. Justus Haucap schlägt in seinem 2015 veröffentlichten Gutachten vor, den Rundfunkbeitrag abzuschaffen und ARD und ZDF zu privatisieren. Deutschland verfügt über den teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt. Die Gesamtsumme, die mit den Rundfunkbeiträgen eingetrieben

wird, schlägt alle anderen Länder: Hier lag Deutschland 2012 mit 7,275 Mrd. Euro weit vor Japan (6,413), Großbritannien (4,653) und Frankreich (3,272). 2014 lagen die deutschen Beitragseinnahmen gar bei 8,3 Mrd. und 2015 bei 8,1 Mrd. Euro. Vergleicht man die Rundfunkbeiträge

Fortsetzung Seite 2

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress –

Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

ge pro Wohnungseinheit und Jahr, lag Deutschland Anfang 2017 mit 210 Euro auf Platz 6. Am höchsten ist die Abgabe mit 417 Euro in der Schweiz, gefolgt von Dänemark, Norwegen, Österreich und Schweden. Nach Ansicht des Tübinger Richters Dr. Matthias Spriffler verstoße der Rundfunkbeitrag gegen geltendes EU-Recht. Er zog am 3.8.2017 mit einem Fragenkatalog vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Das Urteil des EuGH wird immer noch mit Spannung erwartet. [4]

Sieger-Ecke:
Peruaner wollen keinen Lehrplan mit Gender-Ideologie
lis. Trotz vielfacher Kritik wurde vom peruanischen Bildungsministerium Ende 2016 ein neuer Lehrplan mit integrierter Gender-Ideologie für 2017 genehmigt. Im März 2017 organisierten Eltern, Lehrerverbände und die katholische Kirche Protestmärsche unter dem Motto „Hände weg von meinen Kindern“. Rund 1,5 Millionen Menschen nahmen an den Demonstrationen teil. Die monatelangen Proteste waren erfolgreich. Im November 2017 wurde vom Bildungsministerium bekanntgegeben, dass der alte Lehrplan von 2009, ohne Gender-Ideologie-Inhalte, wieder eingesetzt werden soll. Dieser von der Protestbewegung erzielte Erfolg könnte ein Ansporn für viele werden, die dem Einzug der Gender-Ideologie an den Schulen nicht einfach tatenlos zusehen wollen. [7]

Kein Bezahlzwang für zwangsfinanziertes Staatsfernsehen!

rsb. Ulrich Wilhelm, der neue Vorsitzende der ARD, fordert eine Erhöhung der Rundfunkgebühren ab 2021. In den dann folgenden vier Jahren soll der Beitrag an die Inflation angepasst werden. Er wünscht sich eine Erhöhung um 1,7 % jährlich. Dieses Vorhaben stößt viele Menschen in Deutschland vor

den Kopf. Der Thüringer AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner setzt sich vehement für eine Abschaffung des zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein und meinte dazu: „Während Wilhelm von einer Erhöhung der Rundfunkgebühren träumt, arbeitet die AfD kontinuierlich daran, das zwangs-

finanzierte Staatsfernsehen abzuschaffen. Niemand darf weiterhin dazu gezwungen werden, für ein gleichgeschaltetes Staatsfernsehen, das allzu häufig für Jubelpropaganda der Regierenden und einseitige Stimmungsmache missbraucht wird, zu bezahlen.“ [5]

Mitbestimmen bei der Einführung von Lehrplänen!

mab. In der Schweiz werden neue Lehrpläne von der Erziehungsdirektion sozusagen im Alleingang eingeführt. Die Kantonsparlamente und die Bevölkerung haben keine Möglichkeit der Einflussnahme. Diesen für die Schweiz undemokratischen Zustand wollen nun die beiden Volksabstimmungen in den Kantonen Bern und Zürich beenden und zur Stärkung des Mitbestimmungsrechts der Bevölkerung und des Parlaments beitragen. In den Leitmedien sucht man allerdings nahezu vergeblich nach

einer ausgewogenen Pro und Kontra Berichterstattung darüber. Daher ist es für die Bevölkerung schwierig, sich eine kompetente eigene Meinung über diese Bildungsinstitutionen zu bilden. Auch hier tritt wieder die erschreckende Einseitigkeit, der über die Billag zwangsfinanzierten Medien zu Tage. Das Argument der Billag-Befürworter, dass bei der Abschaffung der Zwangsgebühren die Medienvielfalt verloren gehe, entpuppt sich als dreiste Lüge. Vielfalt findet man hingegen gerade, auch in Bezug auf die Bil-

dungsinstitutionen, bei alternativen, gebührenfreien Medien. So z.B. auf der Webseite des Schweizerzeit Verlags¹ oder auf Klagemauer.tv.² Ebenso bei einem, vom Verein Bürger für Bürger, veröffentlichten Vortrag der bildungspolitisch aktiven Irene Herzog-Feusi.³ Diese drei Beispiele stehen stellvertretend für die Vielfalt bei gebührenfreien Medien. [6]

¹ www.youtube.com/watch?v=61478083evE
² www.kla.tv/11856
³ www.youtube.com/watch?v=Ne1mNGPIFiA

Schlusspunkt •

Aus dem Vorwort des soeben erschienenen S&G-Jahrbuches 2017: „Den Machern“ der S&G und des S&G-Jahrbuches, in dem alle erschienenen S&G-Ausgaben eines Jahres enthalten sind, geht es um reine Zivilcourage, sprich um eine Verteidigungspflicht. Verteidigung von wem und vor was? Antwort: Die Weltgemeinschaft muss vor verlogener Kriegspropaganda durch Massenmedien, vor hinterhältiger Unterwanderung der Politik, vor gnadenloser Ausbeutung durch die Wirtschaft, vor nihilistischer Entartung via Bildung, vor satanistischer Zerstörung auf vielen Ebenen bewahrt werden. Ein diabolischer Informationskrieg tobt an allen Fronten, und dieser bildete schon immer die Vorstufe zu Kriegen und Volkszerstörungen jeder Art. Das S&G-Jahrbuch verkörpert mit vielen weiteren Aufklärungswerken zusammen ein nie dagewesenes großes, ultimatives Archiv – das andere Archiv sozusagen. Daher liegt es uns am Herzen, auch die vielen anderen Aufklärungsarbeiten und Jahresrückblicke zu beachten, die an derselben Verteidigungsfront mitkämpfen. Wir profitieren selber immer wieder unentgeltlich von ihnen. So empfehlen wir z.B. Klagemauer.TV, Querdenken.TV, Wissensmanufaktur, KenFM, NuoViso, WikiMANNia von Hagen Grell und den Jahresrückblick von Gerhard Wisniewski, um nur gerade einige zu nennen. Sollten all diese digitalen Alternativmedien einst der Zensur zum Opfer fallen, wird In weltweites Aufklärungs-Netzwerk unzerstörbar fortbestehen – das ist der S&G-Handexpress. Dieser geht auf Vertrauensbasis regelmäßig von Hand zu Hand – zu Zehntausenden von Lesern und Verteilern. Es können und sollen aber problemlos Millionen daraus werden – zum Selbstkostenaufwand von ein paar Cent pro Person, pro Ausgabe! Helfen Sie verbindlich mit, verteilen Sie die S&G regelmäßig an mindestens 2-3 aufgeschlossene Leser, und sehen Sie zu, dass auch Ihre Kontakte die S&G kopieren und getreu wieder unentgeltlich an mindestens 2-3 Vertrauenspersonen weiterreichen. Ersetzen Sie bitte jeden Verteilerausfall durch neue Verteiler! Besten Dank für Ihr Mitwirken in Treue. Ivo Sasek (Gründer von S&G, Kla.TV, AZK u.v.m.) [8]

Quellen: [4] www.epochtimes.de/politik/deutschland/studie-fordert-gez-abschaffen-das-machen-ard-und-zdf-mit-84-milliarden-euro-a1241244.html | www.zwangsbeitrag.info/wp-content/uploads/2015/05/Gutachten-Rundfunkbeitrag.pdf | www.ard.de/download/1254622/index.pdf | www.heise.de/newsticker/meldung/Einnahmen-aus-dem-Rundfunkbeitrag-sinken-erneut-3751582.html | www.watertgate.tv/2017/11/03/gez-vor-dem-aus-verfassungsgesicht-urteilt-gegen-zwangsgebuehr/ [5] www.mnnews.de/politik/43047-afd-will-gez-abschaffen [6] www.kla.tv/11815 | www.starkevolksschulebern.ch/ | www.lehrplan-vors-volk.ch/ | www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/seiten/schweizerzeit_magazin-116 | www.freie-meinung.ch [7] www.epochtimes.de/politik/welt/finger-weg-von-kindern-peru-zieht-schullehrplan-mit-gender-ideologie-nach-eltern-protesten-zurueck-a2289451.html | www.freiewelt.net/nachricht/ende-gender-in-peru-10072936/ [8] www.s-und-g.info

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 31.1.18
 S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:
 Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.
Redaktion:
 Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage
Abonnentenservice: www.s-und-g.info
Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen
Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan
Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein